

Informationspflichten zur Datenverarbeitung nach dem Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG)

Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie gemäß Art. 13, 14 der EU Datenschutz-Grundverordnung (EU DS-GVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Rechte im Rahmen einer durch Sie veranlassten Meldung über Rechtsverstöße nach dem **Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG)** einschließlich solcher Sachverhalte, in denen Sie bzw. Informationen über Ihre Person Gegenstand einer solchen Meldung sind.

1. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Franz Ziel GmbH
Raiffeisenstraße 33
48727 Billerbeck
Telefon: 02543 / 2335-0
mail@ziel-gmbh.com

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

DSB Münster GmbH
Martin-Luther-King-Weg 42-44
48155 Münster
Telefon: 0251 / 71879-110
datenschutz@ziel-gmbh.com

3. Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sowie die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung

Der Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten unserer Meldestelle besteht darin, Kenntnisse über schwerwiegende Angelegenheiten und Vorfälle i.S.v. § 2 HinSchG aufzudecken wie z.B. straf-, wettbewerbs- und arbeitsrechtlich relevante Sachverhalte, um solche Angelegenheiten in unserem Unternehmen zu verhindern, einzuschränken, zu ermitteln und zu verfolgen.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der, nicht anonymen, Meldung sowie zur Erfüllung der damit verbundenen Aufgaben und gesetzlichen Pflichten ist Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO i.V.m. § 10 ff. sowie bei Beschäftigten zusätzlich, je nach Sachverhalt, § 26 Abs. 1 und Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

Wir werden Ihre Meldung und die mitgeteilten Daten und Informationen mit größter Sorgfalt und Vertraulichkeit behandeln und entsprechende Informationen nur dann verarbeiten bzw. weitergeben, wenn dies zwingend erforderlich zur Sachverhaltsermittlung ist und Sie hierin Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO eingewilligt haben. Sofern Sie uns besondere Kategorien personenbezogener Daten bekanntgeben, verarbeiten wir diese auf der Grundlage Ihrer Einwilligung (Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO).

Schließlich erfolgt die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, sofern dies zur Wahrung berechtigter Interessen des Unternehmens bzw. eines Dritten erforderlich ist (Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO), z.B. bei der Entgegennahme von Meldungen von externen Dritten und Nicht-Beschäftigten. Wir haben ein berechtigtes Interesse an der Verarbeitung der personenbezogenen Daten zur Prävention und Aufdeckung von Verstößen innerhalb des Unternehmens, zur Überprüfung der internen Prozesse auf ihre Rechtmäßigkeit und zur Wahrung der Integrität des Unternehmens. Dieses berechnete Interesse hat nach allgemeiner Einschätzung Vorrang vor dem Interesse der betroffenen Person am Schutz der betreffenden Daten.

4. Quellen und Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Im Zuge einer Hinweisgebung werden jene personenbezogenen Daten verarbeitet, die der Hinweis enthält. Sie können Hinweise anonym abgeben. Dadurch ist es möglich, dass Sie einen Hinweis abgeben, ohne dass die interne Stelle personenbezogene Daten von Ihnen erhält. Es ist jedoch möglich, dass Sie trotz anonym abgegebenen Hinweises aufgrund der sonstigen Informationen des Hinweises für die interne Stelle identifizierbar sind.

Zur Erfüllung der o.g. Zwecke verarbeiten wir Stammdaten von berichtenden Personen, sofern diese nicht anonym sind wie i.W. Name, Vorname und Kontaktdaten (Telefon, E-Mail), Funktion bzw. Tätigkeit im Unternehmen sowie ggf. personenbezogene Unterlagen, Informationen und Dokumente in Zusammenhang mit der Meldung einschließlich Text-, Bild- und Videomaterial. Darüber hinaus verarbeiten wir personenbezogene Daten Dritter im Rahmen der Benachrichtigung wie insbesondere Name, Vorname, Kontaktdaten (Telefon, E-Mail) sowie Sachverhaltsdaten (z.B. potentielle Verstöße).

Die o.a. Daten stammen entweder direkt von Ihnen, falls Sie die hinweisgebende Person sind oder indirekt durch den Inhalt des Hinweises, falls Sie eine anderweitig genannte Person (z.B. beschuldigte, bezeugende, geschädigte Person) sind.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Sobald Sie eine Meldung an die interne Meldestelle abgesetzt haben (z.B. per Eingabe in das Online-Formular oder per E-Mail) werden die damit verbundenen Daten und Informationen direkt an den von uns beauftragten Dienstleister (unavigator GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) zur weiteren Bearbeitung, Prüfung und Ermittlung übermittelt. Wir haben zu keinem Zeitpunkt eine Zugriffsmöglichkeit auf Ihre Meldung, da die technische Infrastruktur durch den Dienstleister bereitgestellt wird und von unserer getrennt ist.

Lediglich im Rahmen der weiteren Prüfung und Ermittlung des Ihrer Meldung zugrundeliegenden Sachverhalts können Ihre personenbezogenen Daten und Informationen ausschließlich an speziell hierfür autorisierte, besonders auf die Verschwiegenheit verpflichtete, Personen (Geschäftsführung der Franz Ziel GmbH) in unserem Unternehmen weitergegeben werden, wenn dies zwingend erforderlich ist, Sie Ihre Einwilligung hierzu erteilt haben oder wir zu Weitergabe gesetzlich verpflichtet sind.

In bestimmten Fällen kann es erforderlich und gesetzlich zwingend sein, dass wir Ihre personenbezogenen Daten und Informationen an externe Stellen weitergeben wie z.B. die Offenlegung an Rechtsanwaltspraxen zum Zwecke der detaillierten Untersuchung der Inhalte der Meldung oder die Weitergabe an die zuständigen Behörden einschließlich Polizei und Staatsanwaltschaft zu Zwecken der Beweiserhebung, Strafverfolgung oder Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche. Vergleichbares gilt hinsichtlich Informationen über die Identität von Personen, die Gegenstand einer Meldung sind (z.B. beschuldigte Personen).

6. Übermittlung an ein Drittland (außerhalb EU / EWR) oder an eine internationale Organisation

Die Übermittlung in ein Drittland findet nicht statt und ist auch nicht vorgesehen.

7. Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden und die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer

Ihre personenbezogenen Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Bearbeitung des Hinweises und für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Alle Daten werden spätestens nach drei Jahren gem. § 11 Abs. 5

HinSchG nach Abschluss des Verfahrens gelöscht. Die Dokumentation kann länger aufbewahrt werden, um die Anforderungen nach dem HinSchG oder nach anderen Rechtsvorschriften zu erfüllen, solange dies erforderlich und verhältnismäßig ist.

Zusätzlich zu den oben genannten Informationen folgt nachstehend eine Übersicht Ihrer sonstigen Datenschutzrechte:

- Auskunftsrecht über die betreffenden personenbezogenen Daten (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO) sowie auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)
- Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)
- Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DS-GVO)

Einschränkung der Betroffenenrechte

Wenn ein konkretes Risiko besteht, dass die Information an Sie die Untersuchung der Meldung oder die Möglichkeit, die erforderlichen Beweise zu erlangen, gefährdet, ist es möglich, die Information aufzuschieben oder nicht vorzunehmen, bis dieses Risiko nicht mehr besteht. Die oben aufgeführten Rechte einer betroffenen Person finden daher keine Anwendung, solange und soweit dies zum Schutz der Identität einer Hinweisgebers, sonstiger Betroffener und zur Erreichung der im HinSchG genannten Zwecke für die Dauer der Durchführung des Verfahrens und von Folgemaßnahmen erforderlich ist.

Gibt es eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Sie sind nicht verpflichtet, uns Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen. Ohne Ihre Daten sind wir jedoch ggf. nicht in der Lage, Meldungen vollständig und abschließend zu bearbeiten, da wir auch Rücksprache mit Ihnen halten müssen und im Einzelfall weitere Informationen Ihrerseits erforderlich sein können.

Gesonderte Information über Ihr Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DS-GVO

Nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Abs. 1 lit. f der DS-GVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht oder den sonstigen Betroffenenrechten Gebrauch machen, genügt eine Mitteilung in Textform. Sie können uns anschreiben oder sich per E-Mail unter den oben angegebenen Kontaktdaten an uns wenden.